

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1986

Ausgegeben am 7. März 1986

50. Stück

- 129. Kundmachung:** Geltungsbereich der Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten samt Ausführungsbestimmungen und Protokoll
- 130. Kundmachung:** Vorübergehende Aussetzung des Notenwechsels über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht zwischen Österreich und Tunesien
- 131. Kundmachung:** Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung
- 132. Vereinbarung** zwischen dem Bundesminister für Verkehr und Wasserwirtschaft des Königreiches der Niederlande und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von tertiärem Amylperoxy-2-Ethylhexanoat
- 133. Notenwechsel** zur Ergänzung des Art. 8 Abs. 2 des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien
- 134. Langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen** zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik samt Briefwechsel; Ersetzung des Briefwechsels

**129. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 25. Feber 1986 betreffend den Geltungsbereich der Konvention vom 14. Mai 1954 zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten samt Ausführungsbestimmungen und Protokoll**

Nach Mitteilungen des Generaldirektors der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen haben nachstehende Staaten ihre Beitritts- bzw. Ratifikationsurkunden zur Konvention zum Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten samt Ausführungsbestimmungen und Protokoll (BGBl. Nr. 58/1964, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 457/1982) hinterlegt:

1. Zur Konvention samt Ausführungsbestimmungen:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Beitritts- bzw. Ratifikationsurkunde
Australien	19. September 1984
Guatemala	2. Oktober 1985
Schweden	22. Jänner 1985

2. Zum Protokoll:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde
Schweden	22. Jänner 1985

Sinowatz

**130.**

**Kundmachung des Bundeskanzlers vom 25. Feber 1986 betreffend die vorübergehende Aussetzung des Notenwechsels über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht zwischen Österreich und Tunesien**

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

(Übersetzung)

AMBASSADE D'AUTRICHE  
N° 188-A/86

ÖSTERREICHISCHE BOTSCHAFT  
Zl. 188-A/86

Note Verbale

Verbalnote

L'Ambassade d'Autriche présente ses compliments au Ministère des Affaires Etrangères et a l'honneur de porter à Sa connaissance ce qui suit:

Die Österreichische Botschaft entbietet dem Außenministerium ihre Grüße und beehrt sich, ihm folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Le Gouvernement Fédéral de la République d'Autriche a décidé de suspendre temporairement l'exécution de l'accord conclu le 28 juin 1965 par échange de notes entre la République d'Autriche et la République Tunisienne dispensant de l'obligation du visa de voyage les ressortissants des deux Pays, et cela en vertu de l'article 4 dudit accord, pour les citoyens tunisiens en possession d'un passeport ordinaire. L'application de cette suspension temporaire est prévue à partir du 1<sup>er</sup> février 1986 à 0.00 heures.

L'Ambassade d'Autriche saisit cette occasion pour renouveler au Ministère des Affaires Etrangères les assurances de sa très haute considération.

Tunis, le 23 janvier 1986

Ministère  
des Affaires Etrangères  
Tunis

Die Bundesregierung der Republik Österreich hat beschlossen, die Durchführung des zwischen der Republik Österreich und der Tunesischen Republik am 28. Juni 1965 mit Notenwechsel vereinbarten Abkommens über die Befreiung der Angehörigen beider Staaten von der Sichtvermerkspflicht \*) gemäß seinem Artikel 4 hinsichtlich tunesischer Staatsbürger, die gewöhnliche Reisepässe besitzen, vorübergehend auszusetzen. Die Wirksamkeit dieser vorübergehenden Aussetzung ist ab 1. Februar 1986 0.00 Uhr vorgesehen.

Die Österreichische Botschaft benützt diese Gelegenheit, dem Außenministerium die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Tunis, am 23. Jänner 1986

Außenministerium

Tunis

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 254/1965

#### Sinowatz

### 131. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 25. Feber 1986 betreffend den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikations-, Beitrittsurkunden bzw. Kontinuitätserklärungen zum Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung (BGBl. Nr. 377/1972, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 496/1979) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations-, Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätserklärung
Afghanistan	6. Juli 1983
Algerien	14. Feber 1972
China VR	29. Dezember 1981
Dominikanische Republik	25. Mai 1983
El Salvador	30. November 1979
Gabun	29. Feber 1980
Guatemala	18. Jänner 1983
Kampuchea	28. November 1983
Kap Verde	3. Oktober 1979
Kolumbien	2. September 1981
Malediven	24. April 1984
Mosambik	18. April 1983
Namibia	11. November 1982
Papua-Neuguinea	27. Jänner 1982

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikations-, Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätserklärung
Portugal	24. August 1982
Salomon Inseln	17. März 1982
Sankt Vincent und die Grenadines	9. November 1981
Sri Lanka	18. Feber 1982
Suriname	15. März 1984
Uganda	21. November 1980
Vietnam	9. Juli 1982

Nachstehende Staaten haben anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Beitrittsurkunde bzw. Kontinuitätserklärung Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

#### AFGHANISTAN:

##### Vorbehalt:

Die Demokratische Republik Afghanistan tritt dem Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung bei, betrachtet sich jedoch nicht als gebunden durch die Bestimmungen des Artikels 22 des Übereinkommens, demzufolge bei Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten über die Auslegung und Anwendung von Bestimmungen des Übereinkommens die Angelegenheit auf Antrag nur einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden kann.

Die Demokratische Republik Afghanistan stellt daher fest, daß bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung des Übereinkommens die Angelegenheit nur dann dem Internationalen Gerichtshof vorzulegen ist, wenn alle betroffenen Parteien damit einverstanden sind.

**Erklärung:**

Die Demokratische Republik Afghanistan stellt darüber hinaus fest, daß die Bestimmungen der Artikel 17 und 18 des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung eine Diskriminierung einiger Staaten darstellen und daher in Widerspruch zum Grundsatz der Universalität internationaler Verträge stehen.

**CHINA:**

Die Unterzeichnung und Ratifikation des genannten Übereinkommens durch die Behörden von Taiwan im Namen Chinas sind ungesetzlich, null und nichtig.

Die Volksrepublik China erklärt Vorbehalte zu den Bestimmungen des Art. 22 des Übereinkommens und fühlt sich an diesen nicht gebunden.

**MOSAMBIK:**

**Vorbehalt:**

„Die Volksrepublik Mosambik betrachtet sich nicht als gebunden durch die Bestimmung des Artikels 22 und möchte nochmals feststellen, daß für die Vorlage eines Streitfalls zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof gemäß dem genannten Artikel in jedem einzelnen Fall die Zustimmung aller am jeweiligen Streitfall beteiligten Parteien erforderlich ist.“

**PAPUA-NEUGUINEA:**

**Vorbehalt:**

„Die Regierung von Papua-Neuguinea legt Artikel 4 des Übereinkommens dahin gehend aus, daß jede Vertragspartei nur insoweit verpflichtet ist, zusätzliche gesetzgeberische Maßnahmen auf den von den Absätzen (a), (b) und (c) des Artikels betroffenen Gebieten zu treffen, als sie es in gebührender Berücksichtigung der in Artikel 5 des Übereinkommens enthaltenen allgemeinen Erklärung

für notwendig erachtet, bestehende Rechtsvorschriften und Praktiken zu ergänzen oder abzuändern, um den Bestimmungen des Artikels 4 Wirksamkeit zu verschaffen. Außerdem sind in der Verfassung von Papua-Neuguinea allen Personen ungeachtet ihrer Rasse oder ihres Herkunftsortes bestimmte Grundrechte und -freiheiten gewährleistet. Die Verfassung sieht auch den Rechtsschutz dieser Rechte und Freiheiten vor. Die Annahme dieses Übereinkommens bedeutet daher nicht die Annahme seitens der Regierung von Papua-Neuguinea von Verpflichtungen, die über die in der Verfassung vorgesehenen hinausgehen, noch bedeutet sie die Annahme einer Verpflichtung zur Einführung eines Rechtsverfahrens, das über das in der Verfassung vorgesehene hinausgeht.“

**VIETNAM:**

**Erklärung:**

(1) Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam erklärt, daß die Bestimmungen des Artikels 17 (1) und des Artikels 18 (1) des Übereinkommens, auf Grund derer eine Anzahl von Staaten der Möglichkeit beraubt sind, Mitglieder des genannten Übereinkommens zu werden, eine Diskriminierung darstellen und ist der Ansicht, daß gemäß dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten, das Übereinkommen allen Staaten ohne jede Diskriminierung oder Einschränkung zur Teilnahme offenstehen sollte.

**Vorbehalt:**

(2) Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam betrachtet sich nicht als gebunden durch die Bestimmung des Artikels 22 des Übereinkommens und ist der Auffassung, daß für die Vorlage eines Streitfalls betreffend die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens zur Entscheidung an den Internationalen Gerichtshof die Zustimmung aller Streitparteien erforderlich ist.

Nachstehende Staaten haben Erklärungen gemäß Art. 14 des Übereinkommens abgegeben:

Dänemark, Frankreich, Island, Peru, Senegal.

Sinowatz

**132.**

(Übersetzung)

**Accord**

entre le Ministre Fédéral des Transports et du Waterstaat du Royaume des Pays-Bas et le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche au titre du marginal 2010 de l'ADR relatif au transport de peroxy-2-éthylhexanoate d'amyle tertiaire

I. Par dérogation aux dispositions du marginal 2550 de l'Annexe A de l'ADR, le peroxy-2-éthyl-

**Vereinbarung**

zwischen dem Bundesminister für Verkehr und Wasserwirtschaft des Königreiches der Niederlande und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR betreffend die Beförderung von tertiärem Amylperoxy-2-Ethylhexanoat

I. In Abweichung von den Bestimmungen der Rn. 2550 der Anlage A des ADR ist tertiäres Amyl-

hexanoate d'amyle tertiaire est admis au transport routier, emballé en colis, entre les Pays-Bas et l'Autriche aux conditions suivantes.

1. Les prescriptions et dispositions valables pour le peroxyde d'acétylcyclohexane-sulfonyle, en solution, avec au moins 80 % de solvant, de la classe 5.2, groupe E, chiffre 46 b) de l'ADR s'appliquent également.
2. La température pendant le transport ne doit pas dépasser 20 °C.

II. En plus des indications prescrites, l'expéditeur doit porter sur le document de transport la mention suivante: «Transport convenu au titre du marginal 2010 de l'ADR».

III. Le présent accord particulier s'applique au transport entre les Pays-Bas et l'Autriche.

Il entre en vigueur à la date de la deuxième signature.

La Haye, le 10. 9. 1985

L'autorité compétente des Pays-Bas pour l'A.D.R.:

**J. E. Bloem**

Vienne, le 10. 1. 1986

Pour le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche:

**Berger**

peroxy-2-Ethylhexanoat, in Versandstücken verpackt, unter den folgenden Bedingungen zur Beförderung auf der Straße zwischen den Niederlanden und Österreich zugelassen.

1. Die für Acetylcyclohexansulfonylperoxid in einer Lösung mit mindestens 80% Lösungsmitteln der Klasse 5.2, Gruppe E, Buchstabe 46 b) des ADR geltenden Vorschriften und Bestimmungen sind einzuhalten.
2. Die Temperatur während der Beförderung darf 20° C nicht übersteigen.

II. Außer den vorgeschriebenen Angaben hat der Absender in das Beförderungspapier den Vermerk „Gemäß Rn. 2010 des ADR vereinbarte Beförderung“ einzutragen.

III. Diese Sondervereinbarung gilt für die Beförderung zwischen den Niederlanden und Österreich.

Sie tritt mit dem Tag der zweiten Unterzeichnung in Kraft.

Den Haag, am 10. 9. 1985

Die für das A.D.R. zuständige Behörde der Niederlande:

**J. E. Bloem**

Wien, den 10. 1. 1986

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

**Berger**

**Sinowatz**

### 133.

#### Notenwechsel zur Ergänzung des Art. 8 Abs. 2 des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vom 14. Juli 1975

(Übersetzung)

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
Zl. 176.53.3/15-III.5/84

MINISTERUL FEDERAL  
AL AFACERILOR EXTERNE  
Nr. 176.53.3/15-III.5/84

#### Verbalnote

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten entbietet der Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Wien seine Empfehlungen und beehrt sich, auf die am 8. und 9. Februar 1984 in Bukarest zwischen einer österreichischen und einer rumänischen Delegation geführten Verhandlungen über die Ergänzung des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien \*) vom 14. Juli 1975 Bezug zu nehmen.

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 660/1975

#### Nota Verbala

Ministerul Federal al Afacerilor Externe prezintă complimentele sale Ambasadei Republicii Socialiste România la Viena și are onoarea să se refere la negocierile dintre delegațiile austriacă și română, care au avut loc la București, la 8 și 9 februarie 1984 pentru completarea Acordului dintre Guvernul Federal al Republicii Austria și Guvernul Republicii Socialiste România privind transporturile aeriene civile, încheiat la București, la 14 iulie 1975.

Mit dem Ziel, die beiderseitigen Luftverkehrsbeziehungen zu erleichtern und gemäß dem im Rahmen der obgenannten Verhandlungen Vereinbarten schlägt die Österreichische Bundesregierung die Ergänzung des Absatzes 2 des Artikels 8 des obervährten bilateralen Luftverkehrsabkommens vom 14. Juli 1975 um eine neue lit. d mit folgendem Inhalt vor:

„d) Waren, die von den jeweils namhaft gemachten Fluglinienunternehmen für die Ausstattung und den Dienstbetrieb einer Vertretung mit Büros auf dem Flughafen und/oder einem Stadtbüro eingeführt und verwendet werden; alkoholische Getränke, Tabak und Tabakwaren sind jedoch ausgeschlossen.“

Falls dieser Vorschlag für die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien annehmbar ist, beehrt sich die Österreichische Bundesregierung vorzuschlagen, daß diese Verbalnote gemeinsam mit der Antwortnote der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen über die Ergänzung des Absatzes 2 des Artikels 8 des obgenannten bilateralen Luftverkehrsabkommens vom 14. Juli 1975 um eine neue lit. d bildet. Diese Vereinbarung wird gemäß den im Artikel 13 Absatz 1 des obgenannten Abkommens vorgesehenen Bestimmungen in Kraft treten.

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten benützt auch diese Gelegenheit, der Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Wien die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Wien, am 27. Juni 1985

Dr. Hinteregger m. p.

BOTSCHAFT DER  
SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN  
WIEN

AMBASADA  
REPUBLICII SOCIALISTE ROMÂNIA  
VIENA  
Nr. 624

#### Nota Verbala

Ambasada Republicii Socialiste România la Viena prezintă complimentele sale Ministerului Federal al Afacerilor Externe al Republicii Austria și are onoarea să confirme primirea Notei verbale a acestuia nr. 176.53.3/15-III.5/84 din 27 iunie 1985 al cărei text are următorul conținut:

„Ministerul . . . . . (es folgt der weitere Text der österreichischen Note in rumänischer Sprache) . . . . . sale considerații.“

Ambasada Republicii Socialiste România la Viena are onoarea să comunice Ministerului Federal al Afacerilor Externe al Republicii Austria că

In scopul facilitării relațiilor privind transporturile aeriene și, potrivit celor convenite în cadrul negocierilor sus-menționate, Guvernul Federal al Republicii Austria propune completarea articolului 8, paragraful 2 al Acordului bilateral privind transporturile aeriene civile din 14 iulie 1975 cu un nou alineat d), având următorul conținut:

„d) bunurile introduse și folosite pentru dotarea și funcționarea reprezentanței întreprinderii de transport aerian desemnate, care are birouri pe aeroport și/sau în oraș, cu excepția băuturilor alcoolice, tutunului și produselor din tutun“.

Dacă această propunere este acceptabilă Guvernului Republicii Socialiste România, Guvernul Federal al Republicii Austria are onoarea să propună ca prezenta Notă împreună cu Nota de răspuns a Guvernului Republicii Socialiste România să constituie Înțelegerea dintre cele două guverne privind completarea articolului 8, paragraful 2 al Acordului bilateral privind transporturile aeriene civile din 14 iulie 1975 cu un nou alineat d). Această Înțelegere va intra în vigoare potrivit prevederilor articolului 13, alineatul 1 al Acordului sus-menționat.

Ministerul Federal al Afacerilor Externe folosește această ocazie pentru a reînnoi Ambasadei Republicii Socialiste România la Viena asigurarea înaltei sale considerații.

Viena, la 27 iunie 1985

Dr. Hinteregger m. p.

AMBASADEI  
REPUBLICII SOCIALISTE ROMÂNIA  
VIENA

(Übersetzung)

BOTSCHAFT  
DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK RUMÄNIEN  
WIEN  
Nr. 624

#### Verbalnote

Die Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Wien entbietet dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ihren Gruß und beehrt sich, den Erhalt seiner Verbalnote Zl. 176.53.3/15-III.5/84 vom 27. Juni 1985 zu bestätigen, deren Text lautet wie folgt:

„Das Bundesministerium . . . . . (es folgt der weitere Text der österreichischen Note) . . . . . zu erneuern.“

Die Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Wien beehrt sich, dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten mitzuteilen,

Guvernul Republicii Socialiste România acceptă propunerile Guvernului Federal al Republicii Austria, formulate în Nota sus menționată.

Ambasada Republicii Socialiste România la Viena folosește această ocazie pentru a reînnoi Ministerului Federal al Afacerilor Externe al Republicii Austria asigurarea înaltei sale considerații.

Viena, la 27 iunie 1985

Dipl.-Ing. Cocarla

L. S.

Către,  
MINISTERUL FEDERAL AL  
AFACERILOR EXTERNE AL REPUBLICII  
AUSTRIA

Der im Art. 13 Abs. 1 des Luftverkehrsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien vorgesehene Notenwechsel wurde am 31. Jänner 1986 durchgeführt; der Notenwechsel zur Ergänzung des Art. 8 Abs. 2 tritt daher nach Art. 13 Abs. 1 des Luftverkehrsabkommens am 1. April 1986 in Kraft.

daß die Regierung der Sozialistischen Republik Rumänien die in der obgenannten Verbalnote enthaltenen Vorschläge der Österreichischen Bundesregierung annimmt.

Die Botschaft der Sozialistischen Republik Rumänien in Wien benützt auch diese Gelegenheit, dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Versicherung ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Wien, am 27. Juni 1985

Dipl.-Ing. Cocarla

L. S.

An das  
BUNDESMINISTERIUM FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Sinowatz

### 134.

#### Langfristiges Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik samt Briefwechsel; Ersetzung des Briefwechsels

Ministerialrat Dr. Josef Tschach  
Abteilungsleiter im  
Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie  
der Republik Österreich

Wien, am 6. Februar 1986

Herr Generaldirektor!

Namens der Österreichischen Bundesregierung beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Es besteht ein beiderseitiges Interesse, die bisherigen Stahl-Kali-Lieferungen, die einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik geleistet haben, auch künftig auf der Basis des gegenseitigen Vorteiles fortzusetzen und weiter zu entwickeln.

Die diesbezüglich erforderlichen konkreten Vereinbarungen werden auf Firmenebene abgeschlossen werden. Die aus diesen Vereinbarungen resultierenden rechtlichen Verpflichtungen beschränken sich auf die vertragschließenden Firmen.

Dieser Briefwechsel tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem der Briefwechsel unterzeichnet wurde und gilt für die Gültigkeitsdauer des Langfristigen Handels-

und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. November 1980. \*)

Mit dem Inkrafttreten dieses Briefwechsels tritt der diesbezügliche Briefwechsel vom 11. November 1980 \*) zum oben genannten Abkommen außer Kraft.

Indem ich Sie bitte, mir Ihr Einverständnis zu Vorstehendem mitteilen zu wollen, benütze ich gerne den Anlaß, um Sie, Herr Generaldirektor, meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Für die Österreichische Bundesregierung:  
**Dr. Josef Tschach m. p.**

Herrn  
Generaldirektor  
Christian Meyer  
Hauptabteilungsleiter im  
Ministerium für Außenhandel  
der Deutschen Demokratischen Republik  
W i e n

\*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 20/1981

Generaldirektor Christian Meyer  
Hauptabteilungsleiter im  
Ministerium für Außenhandel  
der Deutschen Demokratischen Republik

Wien, am 6. Februar 1986

Herr Ministerialrat!

Namens der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beehre ich mich, den Erhalt des nachstehenden Schreibens vom heutigen Tage und mein Einverständnis zu dessen Inhalt mitzuteilen:

„Namens der Österreichischen Bundesregierung beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Es besteht ein beiderseitiges Interesse, die bisherigen Stahl-Kali-Lieferungen, die einen wesentlichen Beitrag zur Vertiefung der Handelsbeziehungen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik geleistet haben, auch künftig auf der Basis des gegenseitigen Vorteiles fortzusetzen und weiter zu entwickeln.

Die diesbezüglich erforderlichen konkreten Vereinbarungen werden auf Firmenebene abgeschlossen werden. Die aus diesen Vereinbarungen resultierenden rechtlichen Verpflichtungen beschränken sich auf die vertragschließenden Firmen.

Dieser Briefwechsel tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in

dem der Briefwechsel unterzeichnet wurde und gilt für die Gültigkeitsdauer des Langfristigen Handels- und Zahlungsabkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. November 1980.

Mit dem Inkrafttreten dieses Briefwechsels tritt der diesbezügliche Briefwechsel vom 11. November 1980 zum oben genannten Abkommen außer Kraft.

Indem ich Sie bitte, mit Ihr Einverständnis zu Vorstehendem mitteilen zu wollen, benütze ich gerne den Anlaß, um Sie, Herr Generaldirektor, meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.“

Genehmigen Sie, Herr Ministerialrat, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Für die Regierung  
der Deutschen Demokratischen Republik:  
**Christian Meyer m. p.**

Herrn  
Ministerialrat Dr. Josef Tschach  
Abteilungsleiter im  
Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie  
der Republik Österreich  
W i e n

Dieser Briefwechsel tritt gemäß seinem vierten Absatz am 1. Mai 1986 in Kraft.

Sinowatz



# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S 804,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 904,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 8,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

**Bezugsanmeldungen** werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.